

*\*\*\* bitte unterstützen und weiterleiten \*\*\**

## **Für eine gerechte EU-Investitionspolitik – jetzt!**

### **Aufruf aus der Europäischen Zivilgesellschaft für eine internationale Investitionspolitik der EU im Dienste von Zukunftsfähigkeit und guter Arbeit**

Der Lissabon-Vertrag hat am 1.12.2009 die Kompetenz für Ausländische Direktinvestitionen von den 27 EU-Mitgliedstaaten auf die Ebene der EU verlagert. Derzeit diskutieren die Europäische Kommission, der Rat und das Parlament den Inhalt und die Ausrichtung der zukünftigen EU-Investitionspolitik. Dies ist ein entscheidender Moment, denn die EU verhandelt gegenwärtig Freihandels- u. Investitionsverträge mit Indien, Malaysia, Kanada, dem Mercosur und weiteren Ländern. Außerdem bereitet sie neue Investitionsabkommen mit Ländern wie China und Russland vor.

Internationale Investitionsabkommen geben Multinationalen Konzernen das Recht, souveräne Staaten vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen. Investoren und Anwaltskanzleien nutzen diese Möglichkeit in steigendem Maße und zögern nicht, soziale, umweltpolitische oder wirtschaftliche Regulierungen anzugreifen, wenn diese die Profitabilität ihrer Investitionen zu schmälern scheinen. Wenn europäische Politiker den internationalen Investoren weiterhin diese rechtlichen Privilegien schenken, ist ein starker Anstieg solcher internationalen Konzernklagen (Investor-to-State-Klagen) gegen Europa zu erwarten.

Internationale **Investitionsabkommen sind eine Bedrohung für demokratisches Regieren und das Öffentliche Interesse.** Die **unterzeichnenden Organisationen fordern die Europäischen Institutionen und die Regierungen der Mitgliedstaaten auf**, eine ausgewogene **Investitionspolitik** zu entwickeln, **welche die internationalen Investoren rechenschaftspflichtig macht und an klare Regeln bindet sowie das Recht zur Regulierung im Sinne des öffentlichen Interesses, guter Arbeit, der Menschenrechte und ökologischer Zukunftsfähigkeit schützt.**

Die **zukünftige internationale Investitionspolitik Europas** muss

- in Investitionsabkommen **Pflichten für Investoren** aufnehmen, insbesondere im Hinblick auf Menschenrechte, Umweltschutz, gute Arbeit (ILO-Sozialstandards) und öffentliche Rechenschaftspflicht;
- präzise und **restriktive Formulierungen hinsichtlich der Rechte von Investoren** beinhalten;
- die einseitigen und intransparenten **Investor-to-State-Schiedsgerichtsmechanismen abschaffen**;
- sicherstellen, dass **staatliche Maßnahmen** zum Schutz oder zur Förderung öffentlicher Interessen **nicht als „indirekte Enteignungen“ von Investitionen** angegriffen werden können;
- an **sozialen und ökologischen Kriterien** ausgerichtet sein.

Laufende **Verhandlungen** von EU-Mitgliedstaaten zu **Bilateralen Investitionsabkommen (BITs)** sollten **gestoppt** werden. **Bestehende BITs** sollten sorgfältig **überprüft und ersetzt** werden, um den Prinzipien der zukunftsfähigen Entwicklung, guter Arbeit und sozialer Gerechtigkeit zu entsprechen.

**Unterzeichnende Organisationen (Auswahl):**

- Arbeiterkammer Wien (Austria)
- Aktionsbündnis gegen AIDS – Action against (AIDS Germany)
- ARGE Weltläden Österreich (Austria)
- attac Deutschland (Germany)
- attac France (France)
- attac Österreich (Austria)
- CorA. Corporate Accountability – Netzwerk für Unternehmensverantwortung (Germany)
- Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) (Germany)
- Erklärung von Bern - The Berne Declaration (Switzerland)
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND/Friends of the Earth Germany)
- Christliche Initiative Romero e.V. (Germany)
- Dreikönigsaktion - Hilfswerk der Katholischen Jungschar (Austria)
- European Network on Debt and Development - Eurodad (Europe)
- Food & Water Europe (Europe)

- Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (Germany)
- Frauensolidarität (Austria)
- Gentechnikfreies Europa e.V. (Germany)
- Germanwatch e.V. (Germany)
- Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier GPA-djp (Austria)
- Gewerkschaft vida (Austria)
- Guatemala Solidarität Österreich (Austria)
- Globale Verantwortung - Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe (Austria)
- GAIA - Global Alliance for Immediate Alteration
- Informationsgruppe Lateinamerika - IGLA (Austria)
- Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika - KASA (Germany)
- KOSA Koordination Südliches Afrika e.V. (Germany)
- NaturFreunde Deutschlands e.V. (Germany)
- Naturfreunde Internationale (International)
- Oekumenische Zentrum fuer Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Arbeit (Germany)
- Offene Wirtschaftsverband von klein- und mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Selbständigen (OWUS - Dachverband) e.V. (Germany)
- ONGD AFRICANDO (Spain)
- Partnerschaftsverein Kreis Groß-Gerau - Masatepe/Nicaragua e.V. (Germany)
- philippinenbüro e.V. im Asienhaus (Germany)
- PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V. (Germany)
- Südostasien Informationsstelle im Asienhaus (Germany)
- SÜDWIND e.V. - Institut für Ökonomie und Ökumene (Germany)
- The Corner House (UK)
- The Trade Justice Movement (UK)
- terre des hommes - Arbeitsgruppe Schwäbisch Gmünd (Germany)
- Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. - WEED (Germany)
- .... weitere Unterstützer sehr willkommen! (bislang bereits über 60 intl. Org.)

*(Organisatorische Unterstützungserklärungen Raum bitte an -> **Peter.Fuchs@power-shift.de!** Weitere intl. Versionen sind im Umlauf und werden vom Seattle to Brussels-Netzwerk (<http://s2bnetwork.org>) koordiniert. Eine erste Übergabe des Aufrufes an MdEPs soll **am 25. Februar 2011** erfolgen, eine weitere am 25. März.)*